

Jagdgesetzreform in Hessen und Kampagne "Rettet die Bambis"

Nachdem im Dezember 2010 die Flyer-Kampagne "Rettet die Bambis" erfolgreich in Bayern durchgeführt wurde (siehe Bericht dazu), wird nun die Kampagne angepasst auf die regionalen Bedingungen in Hessen gestartet.

Zusammen mit verschiedenen Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen hat die Partei Mensch Umwelt Tierschutz (www.tierschutzpartei.de) den Flyer "Rettet die Bambis" für das Bundesland Hessen ...

Nachdem im Dezember 2010 die Flyer-Kampagne "Rettet die Bambis" erfolgreich in Bayern durchgeführt wurde (siehe Bericht dazu), wird nun die Kampagne angepasst auf die regionalen Bedingungen in Hessen gestartet.

Zusammen mit verschiedenen Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen hat die Partei Mensch Umwelt Tierschutz (www.tierschutzpartei.de) den Flyer "Rettet die Bambis" für das Bundesland Hessen konzipiert. Natur ohne Jagd e.V. Sektion Hessen und pro iure animalis haben die Koordination der Kampagne übernommen.

Der Flyer wird nun in vielen Regionen Hessens verteilt und den zuständigen Behörden und Verantwortlichen zur Kenntnis gegeben.

Der Wald ist für alle da –

Wildtiere sind keine Schädlinge!

Um was geht es? Es geht darum, dass wir unseren heimischen Wildtieren eine Stimme geben, denn unsere Politiker/innen meinen es nicht gut mit ihnen. Unter dem Slogan „Wald vor Wild“ verkommen die Wildtiere immer mehr zu einem zu beseitigenden "Störfaktor" im Wald; die Forstwirtschaft sieht u.a. durch Verbisschäden ihre Ertragsziele gefährdet.

So wird im großen Stil zur Jagd geblasen, oftmals zu großangelegten Revierübergreifenden Treibjagden, welche im Grundsatz durch das geltende Jagdrecht gar nicht abgedeckt sind. Im Zuge dieser Vernichtungsfeldzüge kommt es zu erheblichem Tierleid; Fehlschüsse führen häufig zu schwersten Verletzungen und Verkrüppelungen bei den Tieren, sie werden gehetzt und nicht selten von den Jagdhunden zerrissen. Zudem zerstören diese Großjagden die Sozialstrukturen der Wildtiere; Jungtiere, die ihre Mutter verloren haben, erfrieren oder verhungern elendiglich.

Dies alles geschieht unter dem Deckmantel "Wald vor Wild", was in Wahrheit nichts anderes heißt als "Geldgier vor Wald

und Tier".

Lesen Sie den Flyer "Rettet die Bambis" hier!

Landesjagdgesetzreform in Hessen

Zudem wurde in Hessen gerade der Startschuss zur Landesjagdgesetzreform gegeben. Es steht nun zu befürchten, dass auch dieses Gesetzeswerk wiederum primär die Interessen der Waldlobby stützt und der Tierschutz wenig bis keine Beachtung findet und mit Füßen getreten wird. Lesen Sie Dazu auch folgenden Beitrag ...

Protestieren Sie mit uns - geben Sie den Tieren Ihre Stimme und fordern Sie von der Landesregierung die Beachtung des Tierschutzes ein!

Dazu haben wir ein Protestschreiben an Ministerin Lucia Puttrich vorbereitet, welches Sie hier direkt unterzeichnen und absenden können.

Die E-Mail-Protestaktion ist mit dem 17. April 2011 beendet.

1625 Personen haben über unser E-Mail-Formular mit folgendem Text bei Ministerin Puttrich protestiert:

Sehr geehrte Frau Puttrich,

das Hessische Landesjagdgesetz soll novelliert werden. Der Bürger darf in unserem politischen System erwarten, dass bei einer Gesetzesnovellierung mit Sachverstand, wissenschaftlich fundiert und - vor allem in Hinsicht auf andere bestehende Gesetzeswerke - integrativ vorgegangen wird.

Der erste Vorschlag zur Novellierung des Jagdgesetzes des Landes Hessen, der nun von CDU und FDP eingebracht wurde, lässt aus gutem Grund vermuten, dass keine dieser Erwartungen erfüllt wird.

Der Tierschutz ist als Staatsziel im Grundgesetz in Artikel 20a verankert; wir wollen dies noch einmal in Ihr Bewusstsein rufen. Da die heutige Form der Jagd aber ein weites Spannungsfeld mit erheblichen Widersprüchen bietet, sind Sie als Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gefordert, dem Artikel 20a des Grundgesetzes nachhaltig Geltung zu verschaffen.

Doch wie möchten Sie dieses Gesetz mit Leben erfüllen, ist doch Ihre starke Affinität zur Jagd und Ihr Lobbyismus für die Jägerschaft offenkundig.

"Das war eine große Bereicherung für mich" verkünden Sie selbst über ein Jagderlebnis. Frau Ministerin, eine solche Äußerung ist beschämend, zudem Sie noch bei einer tierquälerischen Treibjagd im tiefen Winter anwesend waren!

Wie Sie wissen, lehnt die Mehrheit der Bevölkerung die Freizeit- und Spaßjagd ab, zumal dieses archaische Hobby regelmäßig wissenschaftliche und, was noch viel wichtiger ist, tierschutzrechtliche Grundlagen konterkariert.

Ich erwarte von Ihnen, dass sich Ihre Handlungsweise an neuesten biologischen und tierschutzrechtlichen Erkenntnissen orientiert und die Interessen der Tiere und Menschen dieses Landes berücksichtigt.

Ohne in vollem Umfang auf die Problematik der Freizeitjagd einzugehen, seien hier einige "Denkanstöße" aufgezählt:

- Jagdmethoden, wie die Bau- oder die Fallenjagd, berücksichtigen in keiner Weise die Interessen des Tierschutzgesetzes und verstoßen eklatant gegen Artikel 20a unseres Grundgesetzes.

- Der Haustierabschuss muss generell aus dem Landesjagdgesetz gestrichen werden. Hierfür finden Sie keinerlei Rückhalt in der Bevölkerung; das vermeintliche "Wildern" von Katzen und Hunden als gravierende Gefahr für wild lebende Tiere ist schlicht und ergreifend als "Jägerlatein" einzustufen.

- Die Verkürzung von Schonzeiten mit der Begründung der Tollwuteindämmung, wie es beispielsweise beim Dachs geplant ist, entbehrt jeglicher Sachgrundlage. Bereits 2008 hat die Weltgesundheitsorganisation WHO der Bundesrepublik Deutschland bescheinigt, frei von terrestrischer Tollwut zu sein.

- Die Legalisierung der Nachtjagd auf Rotwild ist skandalös. Die flächendeckende Vernichtung von Rotwild zum Schutz vor möglichen Verbisschäden ist nicht nur ethisch verwerflich, sondern auch wildbiologisch ohne Grundlage. Es fehlt bis heute eine Quantifizierung der Waldschäden durch Verbiss. Die Argumentation in diesem Thema, wie auch allgemein zu Waldschäden, wird von Ihrem Ministerium lediglich emotional geführt; rational nachvollziehbare Zahlen liegen nicht vor!

Sehr geehrte Frau Puttrich, als Ministerin für das Ressort Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz fordere ich Sie nachdrücklich auf, nicht länger als Lobbyistin einer Minderheit von 0,4 % der Bevölkerung zu fungieren.

Von Ihnen ist gefordert, dass Sie - wissenschaftlich fundiert - die Interessen der Land- und Forstwirtschaft mit den Interessen der Bevölkerungsmehrheit synchronisieren und mit dem Tierschutzgesetz in Einklang bringen.

Erkennen Sie Ihre Verantwortung und schützen Sie die verbliebenen Reste der freien Natur.

Mit freundlichen Grüßen